

Presseinformation

25. Februar 2021

DK zum Abschlussbericht des Sustainable Finance-Beirats: Europäische und nationale Strategien sinnvoll verzahnen



Der Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung hat heute seinen Abschlussbericht vorgelegt, der Vorschläge für die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Finanzwirtschaft in Deutschland enthält.

„Der Bericht des Beirats ist ein guter Beitrag des von der Bundesregierung ausgewählten Fachgremiums für die Entwicklung ihrer nationalen Sustainable Finance-Strategie, die noch im Frühjahr 2021 veröffentlicht werden soll. Allerdings darf die Politik nicht aus den Augen verlieren, dass Banken zwar eine sehr wichtige Rolle bei der Transformation hin zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Wirtschaft spielen, es aber vor allem Anstrengungen in der Realwirtschaft erfordert, Produktionsprozesse und Produkte klimaschonend anzupassen,“ so Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Federführer der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) in diesem Jahr.

Die Empfehlungen des Beirats an die Bundesregierung, sich im Sinne europäischer Kohärenz auf EU-Ebene aktiv in die

Kontakt

Stefan Marotzke
für die Deutsche Kreditwirtschaft
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
Tel. +49 30 20225-5110
info@die-dk.de

Cornelia Schulz
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Pressesprecherin
Tel. +49 30 2021 1300
pressestelle@bvr.de

Steffen Steudel
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
Pressesprecher
Tel. +49 30 2021 1300
pressestelle@bvr.de

Thomas Schlüter
Bundesverband deutscher Banken e.V.
Leiter Media Relations,
Director, Pressesprecher
Tel. +49 30 1663 1230
thomas.schlueter@bdb.de

Anne Huning
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V.
Tel. +49 30 81 92 163
anne.huning@voeb.de

Carsten Dickhut
Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V.
Tel. +49 30 20 915 320
dickhut@pfandbrief.de

Presseinformation

Gesetzgebungsprozesse einzubringen, sind aus Sicht der DK der richtige Weg, um das Thema voranzutreiben. Eine Verzahnung der nationalen Strategie mit der überarbeiteten Sustainable Finance-Strategie der EU-Kommission, die ebenfalls im 1. Halbjahr 2021 erwartet wird, kann zu einem praxistauglichen europaweiten Regulierungsrahmen führen und den Standort Deutschland stärken. Nationale Anforderungen über die europäischen Vorgaben hinaus sind hingegen kontraproduktiv.

Die DK bekräftigt die Einschätzung des Beirats, dass sich die deutsche Wirtschaft angesichts veränderter Anforderungen aus Klimakrise, Digitalisierung und Pandemie in einem grundlegenden Transformationsprozess befindet.

„Die Deutsche Kreditwirtschaft steht bereit, die Transformation der Realwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit aktiv zu begleiten. Hierbei gilt es, alle Unternehmen auf dem Weg in Richtung CO₂-Neutralität mitzunehmen. Der Fokus der Bundesregierung sollte darauf liegen, für den notwendigen Transformationsprozess gute Bedingungen sowohl für die Realwirtschaft als auch für den Finanzsektor zu schaffen. Allerdings dürfen kleinere und mittlere Unternehmen dabei nicht durch zu hohe bürokratische Anforderungen überfordert werden“, so DSGVO-Präsident Helmut Schleweis.

Der Bericht des Sustainable Finance-Beirates enthält 31 konkrete Empfehlungen. Wichtig aus Sicht der DK ist es, die staatliche Risikobeteiligung an ESG-Projekten zu verstärken, die Nachfrage nach nachhaltigen Finanzierungen durch entsprechende Anreize bei Unternehmen und Privatkunden zu erhöhen und die Datenbasis für ESG-Informationen zu verbessern. Letzteres umfasst auch die zentrale Bereitstellung von Energieeffizienzausweisen in einem Datenregister.